



23.06.2020

# SPD Oldenburg

Die Corona Krise und ihre Folgen für uns und unsere Stadt

## Einführende Worte

Zu Beginn der Krise war die Situation für uns Alle sehr unübersichtlich. Es kam zunächst darauf an, eine Katastrophe zu verhindern. Die Anzahl der Infektionen musste so weit wie möglich begrenzt werden, um Menschenleben zu retten. Unsere Politiker\*innen haben verantwortungsbewusst gehandelt. Sie haben den Zusammenbruch unserer Gesundheitssysteme verhindert. Eine Sterbewelle wie in anderen Ländern ist uns erspart geblieben. Die beschlossenen Maßnahmen waren der Krise angemessen und haben sich als wirksam erwiesen.

Unser Grundgesetz setzt klare Grenzen für die Ausübung der Grundrechte, sobald das öffentliche Wohl gefährdet wird, und es setzt auch eine Grenze, wenn die individuellen Rechte anderer Menschen in Gefahr sind. Bezogen auf die Corona-Maßnahmen bedeutet das, dass zu keiner Zeit Grundrechte „eingeschränkt“ oder gar „aufgehoben“ sind oder waren. Lediglich die Ausübung der Grundrechte war zeitweise eingeschränkt, was aber tatsächlich durch das Grundgesetz nicht nur gestattet, sondern sogar geboten ist. Wir sehen an den zunehmenden Lockerungen, dass die Abwägung zwischen dem allgemeinen und dem individuellen Wohl einerseits und den Folgen der Einschränkungen andererseits weiter stattfindet und alle Maßnahmen laufend geprüft und angepasst werden.

Die politischen Gremien sind weiter auf allen Ebenen voll funktionstüchtig. Die politische Meinungsbildung und demokratische Entscheidungsprozesse sind sichergestellt. Die Parlamente, Regierungen, Gerichte und Behörden arbeiten weiter, die Gewaltenteilung funktioniert. Selbst große Demonstrationen sind möglich, solange die Sicherheitsregeln eingehalten werden.

Die Behauptung, die Corona-Krise sei ein Vorwand zur „Abschaffung“ von Grundrechten, ist offensichtlicher Unsinn. Wir sehen aber mit Sorge, dass Manche versuchen, die Corona-Krise für ihre fragwürdigen Zwecke zu missbrauchen. Sie versuchen, unseren Staat und unsere Verfassung in Frage zu stellen, und Manche fordern gar einen Umsturz. Sie unterwandern sogar legitime Protestbewegungen, um diese für eigenen verfassungsfeindliche Zwecke einzuspannen. Wir werden uns nicht irritieren lassen von solchen fadenscheinigen Aktivitäten, die nur darauf abzielen, einen Spalt in unsere Gesellschaft zu treiben.



# 1 Folgen der Krise

Seit Wochen stellt die Corona-Krise unsere gesamte Gesellschaft sozial und ökonomisch vor enorme Herausforderungen. Besonders betroffen sind Menschen, die beispielsweise allein leben, gesundheitlich besonders gefährdet oder in ihrer Existenz bedroht sind. Gerade diese Menschen müssen in dieser Situation verstärkt unsere Unterstützung und Solidarität erfahren.

In Oldenburg sowie in allen umliegenden Landkreisen wird die Obergrenze deutlich unterschritten. Bisweilen liegen in einem 7-Tages-Intervall in einzelnen Landkreisen oder Oldenburg selbst keine Neuinfektionen vor.

Die Einschränkungen im täglichen Leben werden noch lange spürbar bleiben. Der Stufenplan der Landesregierung macht bereits viele Lockerungen möglich. Trotzdem bleiben einige Bereiche wie größere Veranstaltungen, das Nachtleben und andere Freizeitbereiche und die Wirtschaft als Ganzes stark betroffen.

Die aktuelle Krise trifft unsere Gesellschaft weitaus stärker als die Finanzkrise 2008:

- Zur Eindämmung der Pandemie wurde der größte Teil aller Einzelhandelsgeschäfte, Hotellerie und Gastgewerbe geschlossen. Schon das hat zu einem großen Umsatzverlust geführt.
- In der Folge waren davon auch Großhändler und Hersteller betroffen.
- Die Gewerbesteuer-Vorauszahlungen werden daher zumindest in diesem Jahr deutlich geringer ausfallen. Die Kommunen werden also erheblich weniger Geld einnehmen, aber gleichzeitig deutlich höhere Leistungen im sozialen Bereich erbringen müssen.
- Die Arbeitslosigkeit wird erheblich steigen. Wie viele Menschen davon betroffen sein werden, ist von der weltweiten konjunkturellen Entwicklung abhängig. Im Moment kann das niemand sicher abschätzen.
- Insgesamt sind die finanziellen Folgen dieser Krise noch nicht abzusehen. Allein für Deutschland gehen sie wohl deutlich über 500 Mrd. Euro hinaus. Zum Vergleich: Der Bundeshaushalt, wie er Ende 2019 beschlossen worden war, hatte ein Volumen von 326 Mrd. Euro.
- Menschen und Familien mit geringem Einkommen sind durch die Schutzmaßnahmen erheblich belastet. Sie sind stärker von Kurzarbeiter\*innen-Regelungen oder von Arbeitslosigkeit betroffen.
- Auch Arbeitssuchende sind von den Krisenfolgen betroffen, da die Unternehmer\*innen derzeit weniger neue Stellen schaffen bzw. Neueinstellungen verschieben.
- Die Schließung der Schulen, Kindertagesstätten und Horte hat viele Eltern gezwungen, ihre Berufstätigkeit einzuschränken. Die Gehaltseinbußen treffen besonders Alleinerziehende.
- Arbeitnehmer\*innen, die von zuhause arbeiten konnten, waren finanziell weniger stark betroffen. Sie waren aber einer enormen Belastung ausgesetzt, denn sie mussten nicht nur ihre Arbeit erledigen, sondern mussten gleichzeitig die Betreuung ihrer Kinder übernehmen und zum Teil auch als „Hilfslehrer\*innen“ einspringen.



- Enge Wohnverhältnisse und fehlende Rückzugsräume sorgen für zusätzlichen Stress. Davon sind besonders solche Familien betroffen, die finanziell schwächer aufgestellt sind und die deswegen schon durch Existenz- und Zukunftsängste belastet sind. Eine sehr bedrückende Folge dieser Stresssituationen ist der deutliche Anstieg an häuslicher Gewalt, insbesondere gegen Kinder.
- Sportvereine und Ehrenamtsstrukturen waren und sind in ihrer Tätigkeit stark ausgebremst.

## 2 Folgen in Oldenburg

- Die Verantwortung für die Bekämpfung der Virusausbreitung wurde weitgehend auf die Kommunen übertragen. Die Obergrenze von 50 Neuinfektionen binnen einer Woche je 100.000 Einwohner\*innen gilt auch für Oldenburg.
- Die Einnahmen kommunaler Unternehmen wie etwa der VWG und der Weser-Ems-Hallen werden durch geringere Kundenzahlen und ausgefallene Veranstaltungen deutlich geringer ausfallen. Der Zuschussbedarf wird sich im Gegenzug erheblich erhöhen.
- In Oldenburg haben rund 1600 Unternehmen große Zukunftsängste und haben entsprechend Kurzarbeit für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angezeigt. Ein Unternehmensindex der IHK hat ergeben, dass es Branchen in Oldenburg gibt, die von einem Totalausfall in der Jahresbilanz ausgehen. Weitere Betriebe befürchten Mindereinnahmen in Höhe von 50 bis 70 Prozent.
- Die Sorgen der Gastronomie, Kultur und Sport (Freizeit) sind bereits weitgehend bekannt. Inwieweit Unternehmen, die auf den Kreislauf von (Zu-) Lieferungen angewiesen sind, in Schwierigkeiten geraten sind, kann noch gar nicht abschließend betrachtet werden.
- Die Vereinsarbeit mit vielen ehrenamtlichen Kräften ruht weitestgehend und kann erst nach den Sommerferien wieder aufgenommen werden.

## 3 Maßnahmen und Forderungen

Mit dem Konjunkturpaket investiert die Bundesregierung viel Geld, um die Wirtschaft wieder zu beleben und vor allem den Binnenmarkt zu stärken.

Die geplante befristete Mehrwertsteuerabsenkung zielt auf die breite Bevölkerung ab und wird deshalb begrüßt. Es gilt aber auch sicherzustellen, dass die Absenkung bei den Kund\*innen ankommt.

Gut und wichtig ist aus unserer Sicht auch der Kinderbonus. Er ist eine unbürokratische Einmalzahlung, der viele Familien entlastet wird. Diese Einmalzahlung kompensiert zumindest zum Teil die Mehraufwendungen der Familien während der ersten Wochen der Corona-Krise.

Der finanzielle Handlungsdruck in den Kommunen darf nicht zu Abstrichen in der sozialen Daseinsvorsorge führen. Die Unterstützung der Kommunen durch die Bundesregierung ist daher ebenso zu begrüßen. Dabei muss es nicht um die Tilgung von Altschulden gehen,



sondern um die finanzielle Handlungsfähigkeit. Die Kommunen müssen leistungsfähig bleiben, damit die soziale Infrastruktur vor Ort in ihrer Vielfalt und Qualität erhalten bleiben kann.

In Hinblick auf die Förderung der Automobilindustrie sollte auch ein Hinweis erfolgen, dass in „klimafreundlich saubere Industrien“ investiert werden sollte.

Die Stadt Oldenburg soll die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Corona-Krise analysieren und dem Stadtrat ein Konzept vorlegen, das beschreibt,

- wo auf kommunaler Ebene negative Auswirkungen in welchem Ausmaß in den verschiedenen Bereichen (Arbeitsmarkt, Familie, Insolvenzen, Kultur...) zu erwarten sind,
- mit welchen kommunalen Maßnahmen sie abgefedert werden können und
- welcher Mittel es dazu bedarf.

Gleichzeitig soll die Stadt auch eine Vision für die wirtschaftliche (und zugleich klimafreundliche) Zukunft Oldenburgs entwerfen.

Die mittelfristige Finanzplanung der Stadt Oldenburg im Haushalt muss angepasst werden, ohne die geplanten Investitionsmaßnahmen zu gefährden und die freiwilligen Leistungen im sozialen Bereich als auch die notwendigen Klimaschutzmaßnahmen in Frage zu stellen.

- Die vom Bund beschlossene 150 Euro Unterstützung für die digitale Ausstattung für Kinder ist schnellstmöglich zu gewähren.
- Steuern, Abgaben und Gebühren – egal ob auf Bundes-, Landes- oder kommunaler Ebene - sollten nach der Krise nicht erhöht werden, da sie sonst die konjunkturelle Erholung verhindern. Maßnahmen, die zwar erhebliche Summen kosten, aber die allgemeine Kaufkraft fördern, wie zum Beispiel die Einführung der Grundrente und Abschaffung des Solidaritätszuschlags, sollen daher ohne Abstriche umgesetzt werden.
- Um die immensen Kosten der Krise zu bezahlen, soll analog zum Vorgehen nach dem Zweiten Weltkrieg ein Lastenausgleich durchgeführt werden. Große Privatvermögen sollen oberhalb eines erheblichen Schonvermögens (ca. 2-3 Mio. Euro) mit einer prozentual gestaffelten, einmaligen Abgabe belastet werden, deren Zahlung zeitlich über mehrere Jahre gestreckt werden kann. Ein ähnliches Vorgehen könnte auch für Großbetriebe angewandt werden.
- Die Schuldenbremse muss für die nächsten fünf Jahre ausgesetzt werden.
- Die Digitalisierung der Behörden ist ab sofort konsequent voranzutreiben und ein Online-Angebot für alle Fälle zu schaffen, in denen persönliches Erscheinen aus rechtlichen Gründen (z. B. Identitätsfeststellung) nicht zwingend erforderlich ist.
- Öffentliche Investitionen – nicht nur im Gesundheitswesen – sind in den kommenden Jahren zur Bewältigung der Krise mindestens auf heutigem Niveau beizubehalten und nach Möglichkeit auszuweiten. Sie können den konjunkturellen Einbruch abdämpfen und möglichst viele Menschen dauerhaft in Beschäftigung halten.



- Der Schub im Bereich der mobilen Arbeit soll auch nach der Krise beibehalten werden. So könnte ein Anspruch auf mindestens einen Tag Homeoffice die Woche das Verkehrsaufkommen erheblich senken und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch bei längerfristigen Einschränkungen erhöhen.
- Die kommunalen Investitionen sollen mindestens im geplanten Rahmen durchgeführt werden.

Für weitere Investitionen ist eine Prioritätenliste erforderlich. Die Bereiche Bildung, Soziales und Klimaschutz sollen höher gewichtet bewertet werden.

Das Ehrenamt, und insbesondere das ehrenamtliche Engagement in dieser Krise, ist zu stärken. Freiwillige, die z.B. Schutzmasken organisieren oder Betroffenen helfen, sind gerade auf kommunaler Ebene zu unterstützen. Die Unterstützung soll sich aber nicht ausschließlich auf krisenbezogene Tätigkeiten beschränken.

#### Weitere Forderungen

- 1) Gezielte Unterstützung von Familien durch Einmalzahlungen
- 2) Verlängerung der Bezugsdauer von Kurzarbeit
- 3) Wirtschaftsförderung nur bei Erfüllung von Kriterien (sozial, ökologisch, gleichstellungspolitisch)
- 4) Schutz für Mieter\*innen und Eigenheimbesitzer\*innen durch Stundungen von Mieten und Hypotheken
- 5) Recht auf Home-Office - nach der Krise Möglichkeiten zum Home-Office weiterhin nutzen
- 6) breite Versorgung von Schülerinnen und Schülern mit der technischen Infrastruktur für digitalen Unterricht (W-Lan-Zugang, mobile Endgeräte etc.)
- 7) stärkere Unterstützung von Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Elternhäusern beim Home-Schooling (z.B. durch zielgruppenspezifische Präsenzangebote)
- 8) Bereitstellung von Fondsmitteln zur finanziellen und operativen Unterstützung ehrenamtlicher (Vereins-) Strukturen z.B. Sport-Soforthilfefonds
- 9) Stärkung von Instrumenten zur Weiterbildung und Qualifizierung, damit Arbeitssuchende besser unterstützt werden
- 10) Hilfen für Solo-Selbständige, Kulturschaffende etc. müssen bedarfsgerecht fortgesetzt werden
- 11) schnelle und bedarfsgerechte Förderung von kleinen und mittelständischen Betrieben zum Erhalt von Arbeitsplätzen